

Berlin, 13.07.2021

Mehr Sicherheit – weniger Regeln

Zivilbevölkerungsschutz neu aufstellen

Aus Corona lernen – Krisensituationen besser bewältigen

Gemeinsame Erklärung von Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft und Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Deutschland ist nach wie vor ein sicheres Land. Gleichzeitig erwarten die Menschen mehr Sicherheit in ihrer Stadt, in den Verkehrsmitteln oder auf dem nächtlichen Heimweg. Diesem Ziel fühlen sich Kommunen und Polizei verpflichtet und arbeiten daran täglich in guter Kooperation.

Mehr Sicherheit gibt es aber nicht, wenn die Regelungswut mit immer neuen Bestimmungen für Alles und Jedes nicht gestoppt wird. Das überfordert die Vollzugskräfte, mindert die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung und steigert die Überlastung der Justiz.

Die Corona-Pandemie hat das wie durch ein Brennglas gezeigt. Die Regelungen waren so zahlreich und unterschiedlich, dass die Menschen teilweise überfordert waren. Trotzdem ist der Drang nach neuen Regelungen leider ungebrochen. Erst wurden Bußgelder für Impfdrängler gefordert, jetzt werden Bußgelder für Impfschwänzer diskutiert. Die damit verbundene Bürokratie im Vollzug wird nicht einmal erwähnt. Mehr Sicherheit gibt es nur mit weniger, verständlichen und vollzugsfähigen Regelungen, die auch in der Justiz dann umgesetzt werden. Das gilt für alle Lebensbereiche – die Sicherheit, den Verkehr, das Sozial- und das Steuerrecht aber auch für neue Ansätze im Klimaschutz.

Viele Regelungen werden erlassen, um ein vermeintlich gutes Ziel zu erreichen oder in Einzelfällen für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Dabei wird immer noch zu wenig beachtet, dass Regelungen nur dann sinnvoll sein können und wirksam werden, wenn die Umsetzung auch effektiv kontrolliert werden kann und in einem vernünftigen Verhältnis zum bürokratischen Aufwand steht.

Wir müssen auch den zivilen Bevölkerungsschutz und damit die Gefahrenabwehr in Krisensituationen neu aufstellen. Corona wird vielleicht nicht die letzte Pandemie sein, auch andere Szenarien, wie großräumiger Stromausfall oder Cyber-Angriffe, sind gut vorstellbar. Darauf sind wir nicht ausreichend vorbereitet. Wir brauchen für solche Situationen eine echte Vorbereitung mit entsprechenden Vorräten, Übungen und soliden Entscheidungsstrukturen. Deswegen sollten wir das Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz ertüchtigen, denn diese Behörde ist für den Zivilschutz lediglich für den „Spannungs- und Verteidigungsfall“ zuständig, nicht aber für den Katastrophenschutz bei nicht-militärischen Gefahren. Dieser ist Ländersache. Hier brauchen wir grundlegende Änderungen.

Außerdem brauchen wir strategische Reserven für Medikamente, Schutzausrüstung und Lebensmittel und Ähnliches. Es macht durchaus Sinn, über eine zivile Reserve nachzudenken, wo qualifizierte Personen bei einer nationalen Notlage gezielt helfen können und zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang sollte auch die Rolle der Bundeswehr, die in der Corona-Krise Enormes geleistet hat, klar definiert werden. Auch hier brauchen wir klare Regelungen. Es sollte politisch festgelegt werden, dass die Amtshilfe der Bundeswehr in einem Katastrophen- und Pandemiefall dann gewährt wird, wenn die zivile Seite Engpässe hat.

Niemand stellt den Föderalismus in Frage, aber wir brauchen auch wirksame länderübergreifende Strukturen bei neuen Gefahrensituationen.